

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Heiko Herberg (PIRATEN)**

vom 17. Juli 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Juli 2014) und **Antwort**

#### Wohnen auf dem Wasser - Hausboote und Wohnschiffe in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie viele genehmigte und tatsächlich bewohnte Hausboote und Wohnschiffe gibt es derzeit in Berlin und wie hat sich ihre Anzahl in den Jahren seit 2008 entwickelt? (Bitte nach Jahr und Bezirk aufschlüsseln.)

Frage 2: Wie viele Personen leben in Berlin auf Hausbooten und Wohnschiffen und wie hat sich ihre Anzahl in den Jahren seit 2008 entwickelt? (Bitte nach Jahr und Bezirk aufschlüsseln.)

Frage 3: Wie viele Liegeplatzgenehmigungen gibt es derzeit für Eigennutzer\*innen und wie hat sich ihre Anzahl in den Jahren seit 2008 entwickelt? (Bitte nach Jahr und Bezirk aufschlüsseln.)

Antwort zu 1., 2. und 3: Vom Senat wurden keine Hausboote und Wohnschiffe mit Wohnnutzung genehmigt. Aussagen über evtl. illegal vorhandene Wohnnutzung auf Hausbooten und Wohnschiffen bzw. deren Entwicklung können nicht getroffen werden.

Frage 4: Welche Standorte/Flächen gibt es derzeit für Hausboote und Wohnschiffe in Berlin?

Frage 5: Welche weiteren Standorte/Flächen sind nach Ansicht des Senats für Hausboote bzw. Wohnschiffe geeignet?

Antwort zu 4. und 5: Der Senat hat keine Liegeplätze für Hausboote ausgewiesen und plant auch nicht, entsprechende Liegeplätze einzurichten oder auszuweisen.

Frage 6: Wie hoch sind die jährlichen Liegegebühren?

Antwort zu 6: Auf landeseigenen Gewässern wird das Nutzungsentgelt für in Anspruch genommene Wasserflächen - diese schließt auch Liegegebühren ein - nach dem Bodenrichtwert vor Ort ermittelt.

Auf Bundeswasserstraßen wird das Nutzungsentgelt nach der Verwaltungsvorschrift der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes 2604 ermittelt.

Frage 7: Welchen Stellenwert misst der Senat der Wohnform Hausboot und Wohnschiff bei?

Antwort zu 7: Das Wohnen auf dem Wasser hat wohnungsbaupolitisch keine signifikante Bedeutung.

Berlin, den 25. Juli 2014

In Vertretung

Christian Gaebler

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juli 2014)